



Präsident Donald Trump hat am Mittwoch das Laken-Riley-Gesetz unterzeichnet und gleichzeitig angekündigt, Migranten, die sich illegal in den USA aufhalten und nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden können, in einem neu zu eröffnenden Internierungslager in Guantanamo Bay, Kuba, unterzubringen. Bis zu 30.000 Personen sollen dort festgehalten werden.

Das Laken-Riley-Gesetz: Inhalt und Bedeutung

Das neue Gesetz, benannt nach der im Februar 2024 ermordeten 22-jährigen Krankenpflegeschülerin Laken Riley, verpflichtet die US-Behörden, nicht autorisierte Migranten, die wegen Diebstahls oder Gewaltverbrechen angeklagt sind, in Haft zu nehmen und sie möglicherweise noch vor einer Verurteilung abzuschieben. Die Regelung wurde mit parteiübergreifender Unterstützung im Kongress verabschiedet und markiert eine deutliche Verschärfung der bisherigen Einwanderungspolitik.

Während der Unterzeichnungszeremonie würdigte Trump die Familie Rileys und bezeichnete das Gesetz als „lebensrettend“. Er betonte, dass die Maßnahme notwendig sei, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und vergleichbare Tragödien in Zukunft zu verhindern.

Guantanamo als neuer Ort für Migranten

Eine der überraschendsten Ankündigungen des Tages war Trumps Plan, Guantanamo Bay zur Internierung von Migranten zu nutzen. Die Einrichtung ist international umstritten und wurde bisher vorrangig zur Inhaftierung von Terrorverdächtigen im Rahmen des US-Kriegs gegen den Terrorismus genutzt. Die Umwidmung der US-Militärbasis für die Einwanderungspolitik stellt einen Präzedenzfall dar, der rechtliche und ethische Fragen aufwirft.

Trump erklärte, dass Migranten, die nicht abgeschoben werden können, dort untergebracht würden, um „die Sicherheit in den Vereinigten Staaten zu gewährleisten“. Weitere Details zu den rechtlichen Rahmenbedingungen oder den humanitären Standards der Internierung wurden nicht genannt.

Kritik und politische Reaktionen

Die Ankündigung löste umgehend Kritik von Menschenrechtsorganisationen und politischen Gegnern aus. Gegner der Maßnahme argumentieren, dass die Inhaftierung von Migranten auf einer Militärbasis die rechtlichen Verfahren untergrabe und gegen internationale



Menschenrechtsstandards verstoßen könnte. Zudem wird befürchtet, dass eine solche Maßnahme zu einer weiteren Militarisierung der Einwanderungspolitik führen könnte.

Vertreter der Republikanischen Partei verteidigten das Vorgehen als notwendige Maßnahme gegen illegale Migration und betonten, dass die nationale Sicherheit im Vordergrund stehe. Demokratische Abgeordnete hingegen warnten vor den weitreichenden Konsequenzen und forderten eine rechtliche Prüfung der Anordnung.

Historische und rechtliche Implikationen

Die Nutzung von Guantanamo Bay als Internierungslager für Migranten könnte weitreichende rechtliche Folgen haben. Bisher wurde die Basis vor allem zur Inhaftierung von Terrorverdächtigen genutzt, oft ohne klare rechtliche Grundlage und mit stark eingeschränkten Rechten für die Insassen.

Die Umfunktionierung für die Einwanderungspolitik könnte einen neuen Präzedenzfall schaffen, der die Grenzen zwischen Strafverfolgung und Migrationskontrolle verwischt. Zudem stellt sich die Frage, inwiefern die Maßnahme mit bestehenden internationalen Abkommen vereinbar ist.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Die Umsetzung des Laken-Riley-Gesetzes sowie der Betrieb eines Internierungslagers in Guantanamo Bay werden erhebliche finanzielle Ressourcen erfordern. Erste Schätzungen gehen von Kosten in Milliardenhöhe aus, insbesondere durch die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen und den logistischen Aufwand. Kritiker argumentieren, dass dieses Geld sinnvoller in Grenzsicherung und Integrationsprogramme investiert werden könnte.

Eine neue Ära der Einwanderungspolitik

Mit der Unterzeichnung des Laken-Riley-Gesetzes und der geplanten Nutzung von Guantanamo Bay für die Internierung von Migranten setzt die Trump-Regierung einen harten Kurs in der Einwanderungspolitik fort. Während die Regierung dies als notwendigen Schritt für die nationale Sicherheit betrachtet, werfen Kritiker menschenrechtliche und rechtliche Fragen auf. Die kommenden Monate dürften zeigen, inwiefern die Maßnahmen umgesetzt werden und welche politischen und gesellschaftlichen Folgen sie haben werden.

Autor: P. Tiko